

Lateinamerika und der mexikanische Weg

Autor(en): **Tobler, Hans Werner / Schneider, Lukas M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **74 (1994)**

Heft 10

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165321>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

HANS WERNER TOBLER, geboren 1941, ist Professor für Geschichte an der ETH Zürich und befasst sich besonders mit der neueren Geschichte Lateinamerikas. Publikationen: «Die mexikanische Revolution. Gesellschaftlicher Wandel und politischer Umbruch, 1876-1940». Frankfurt am Main, Suhrkamp Taschenbuch Verlag 1988. Mitherausgeber: «Handbuch der Geschichte Lateinamerikas», Bd. 2, Stuttgart, Klett-Cotta 1992. (Die Bände 1 und 3 erscheinen im November 1994 bzw. 1995.)

LATEINAMERIKA UND DER MEXIKANISCHE WEG

Mexiko wird auch nach den im August abgehaltenen Wahlen von dem seit 65 Jahren an der Staatsspitze stehenden Partido Revolucionario Institucional regiert werden. Hans Werner Tobler, Professor für Geschichte an der ETH Zürich, erörtert den mexikanischen Weg auf dem Hintergrund der Entwicklungs- und Strukturprobleme Lateinamerikas. Die Fragen stellte lic. phil. I Lukas M. Schneider.

Montesquieu hat einmal gesagt, nur eine Regierung, die sich aus eigenen Kräften zu verändern vermag, werde längerfristig überleben. Ist die anhaltende Dominanz des Partido Revolucionario Institucional (PRI) darauf zurückzuführen, dass diese Partei trotz schwerfälligem Apparat doch eine gewisse Beweglichkeit aufweist, vor allem, wenn man sie mit einer andern, inzwischen nicht mehr existenten Staatspartei, der KPdSU, vergleicht, die als Avantgardepartei innerhalb eines Menschenalters in einem völlig verkrusteten Immobilismus erstarrt war?

Tobler: Ich würde primär nicht von Beweglichkeit sprechen, auch wenn es gewiss zutrifft, dass der PRI im Vergleich zu den mittel- und osteuropäischen Staatsparteien des ehemaligen Ostblocks eine erstaunliche Langlebigkeit an den Tag gelegt hat und seit den frühen dreissiger Jahren das politische System Mexikos beherrscht. Diese Dominanz ist im wesentlichen auf drei grosse Ursachenbündel zurückzuführen.

Zunächst hat die Partei seit 1940 von den sozialreformerischen Leistungen profitiert, die am Ende der dreissiger Jahre als eine späte Erfüllung zentraler Revolutionspostulate realisiert worden sind. Die mexikanische Agrarstruktur hat sich dabei tiefgreifend verändert, indem Hunderttausende zuvor landloser Bauern ein Stück Boden erhielten. Das hat für eine gewisse Zeit eine echte Regimeloyalität begründet.

Zweitens hat sich der PRI durch eine gewisse Flexibilität und soziale Durchlässigkeit ausgezeichnet. Er ist ja keine nach aussen abgeschlossene Kaderpartei, sondern er war immer ein wichtiges Aufstiegsvehikel. Der PRI hat es bis in die jüngste Vergangenheit auch immer wieder verstanden, politisch oppositionelle Gruppen zu kooptieren und dadurch allzu fundamentaler Opposition den Boden zu entziehen.

Ein dritter wichtiger Faktor ist sicher die Tatsache, dass der PRI durch die enge Verknüpfung mit dem Staat über ein grosses Potential an Belohnungs-, Kontroll- und Drohmöglichkeiten verfügt, die etwa bei der Vergabe von Arbeitsplätzen in der Staatsverwaltung zum Tragen kommen oder bei der Verleihung von Pfründen. Er hat aber auch eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Kontrolle über grosse soziale Organisationen wie Gewerkschaften und Bauernverbände.

Sie haben in Ihrer Antwort die soziale Durchlässigkeit des PRI angeschnitten. Wie muss man sich seine Wählerstruktur sowie jene der beiden grössten Oppositionsparteien Mexikos vorstellen?

Tobler: Ich verfüge momentan über keine neueren quantifizierbaren Wähleruntersuchungen, wie sie etwa regelmässig im Zusammenhang mit deutschen Bundestagswahlen vorgelegt werden. Ich kann somit nur einige allgemeine Aussagen machen. Die Wählerschaft des PRI

rekrutiert sich vor allem aus jenen Bevölkerungsteilen, die ins Belohnungs- und Kontrollsystem der Partei integriert sind. Darunter fallen etwa Staatsbeamte, Gewerkschaftsmitglieder, die im regierungs-offiziellen Teil der Arbeiterbewegung organisiert sind, oder jene Bauern, deren Verbände spezifisch historische Bindungen zum PRI aufweisen. In der grössten Oppositionspartei, dem liberalkonservativen *Partido Acción Nacional (PAN)*, findet die regimeunabhängige katholische Mittel- und Oberschicht ihre politische Heimat. Geographisch befindet sich die Stammwählerschaft des PAN in Nord- und Westmexiko. Was die andere grosse Oppositionspartei, den *Partido Revolucionario Democrático (PRD)* betrifft, so wird man sagen können, dass sich hier sozial gesehen die Gruppen mit jenen, die den PRI wählen, überschneiden. Es sind vor allem diejenigen Teile der Bevölkerung, welche sich der Kontrolle des PRI entziehen; in sozialer Hinsicht gehören sie mehrheitlich der ländlichen und städtischen Unter- und unteren Mittelschicht an. Zu den Wählern des PRD gehören aber auch jene Gruppen, die das traditionelle Erbe der mexikanischen Revolution, soweit es sozialreformerisch und nationalistisch ausgerichtet ist, hochleben lassen.

Die Armee bildet in Lateinamerika traditionell die stärkste Macht im Staate. Politische Beobachter sprechen deshalb nicht ganz zu Unrecht von «Demokratien von militärischen Gnaden». Eine Sonderrolle scheinen die Militärs jedoch in Mexiko zu spielen, wo sie in erster Linie ein gefügiges Instrument in der Hand des PRI verkörpern und offenbar keine Kraft zu einer eigenständigen Rolle besitzen. Ist dieser Eindruck richtig? Erklärt sich diese vergleichsweise schwache Stellung der mexikanischen Armee aus dem Verlauf der Revolution?

Tobler: Es ist richtig, dass die politische Rolle der mexikanischen Armee stark mit jener in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern kontrastiert, wo die Streitkräfte ja immer wieder als eine eigenständige Vetomacht gegenüber der gewählten Regierung aufgetreten sind und oft auch politisch die Macht ergriffen haben. In Mexiko ist das seit den späten zwanziger Jahren nie mehr der Fall gewesen. Dass die mexikanische Armee nicht mehr als ein entscheidender politischer Gestaltungs-

faktor aufgetreten ist, hängt mit dem Verlauf der mexikanischen Revolution zusammen, als die alte vorrevolutionäre Armee aufgelöst und durch eine neue ersetzt wurde, die aus ehemaligen Revolutionstruppen hervorging. Die Armee konnte in der Folge dauerhaft domestiziert und der zivilen Regierung unterstellt werden. Trotzdem scheint es mir schwierig zu sagen, wie stark heute deren politischer Einfluss hinter den Kulissen wirklich ist.

Die von Präsident Carlos Salinas de Gortari eingeleitete Modernisierung betraf bisher in erster Linie die Wirtschaft, welche umfassend dereguliert und geöffnet wurde. Doch ein alle Bereiche umspannender Liberalismus darf längerfristig nicht vor dem Aufbrechen überholter sozialer Strukturen haltmachen. Gibt es Anzeichen dafür, dass auch in gesellschaftlicher Hinsicht ein struktureller Wandel eingesetzt hat?

Tobler: Es hat in der Geschichte Mexikos seit dem späten 19. Jahrhundert immer wieder Phasen gegeben, in denen Regierungen sehr einseitig auf wirtschaftliches Wachstum gesetzt haben. In solchen Phasen ist die soziale Modernisierung – und dazu gehört letztlich auch die Demokratisierung der Gesellschaft – regelmässig stark vernachlässigt worden. Die gesellschaftliche Polarisierung hat während solcher Phasen immer sehr stark zugenommen. In der Regel wurde diese Politik jeweils bis zu dem Punkt fortgeführt, wo die sozialen und politischen Kosten so hoch geworden waren, dass sie die gesellschaftliche Grundlage dieses wirtschaftlichen Wachstumsmodells selber in Frage gestellt haben. Diese Form der Infragestellung konnte in unterschiedlicher Intensität erfolgen. Der spektakulärste Fall ist meines Erachtens die mexikanische Revolution selber, die ein neues Arrangement zwischen Wirtschaftswachstum und sozialem Ausgleich anstrebte. In der Praxis ist das jedoch nur sehr unvollständig geschehen. Die letzte Regierung unter *Salinas de Gortari* hat die einseitig auf Wachstum ausgerichtete Strategie bis vor einem Jahr mit Nachdruck verfolgt, bis sie einsehen musste, dass sich dabei ein soziales und politisches Konfliktpotential – Stichwort: Aufstand in Chiapas im Januar dieses Jahres – herausgebildet hat, das diese Modernisierungsstrategie zum Scheitern bringen könnte.

.....

Der Caudillismo ist eine typische Erscheinung aus den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts und fällt mit den Unabhängigkeitskriegen zusammen.

.....

Wenn wir den Blickwinkel auf ganz Lateinamerika ausweiten, fallen uns ganz spezifische sozio-politische Charakteristiken auf. Eines davon ist gewiss der Caudillismo. Stärker als bei uns in Europa finden wir dort eine Personifizierung der Macht vor, bei der Führergestalten grosse Anhängerschaften um sich zu scharen wissen und ohne Regierungsprogramm einzig mit Versprechungen und Gelübden die Mehrheit der Wählenden für sich gewinnen können. Wo sehen Sie in Lateinamerika Ansätze zur dauerhaften Überwindung des Caudillismo?

Tobler: Der Caudillismo ist eine typische Erscheinung aus den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts und fällt mit den Unabhängigkeitskriegen zusammen, als er einen Institutionenersatz für fehlende politische Potentiale dargestellt hat, die z.B. in den USA zur Entstehung eines modernen bürgerlichen Staates geführt haben. Die Zeit des klassischen Caudillismo ist heute vorbei, und er hat keine grosse Bedeutung mehr. Das wird am deutlichsten sichtbar, wenn wir die Entwicklung von Militärregimes im 20. Jahrhundert betrachten. Noch bis zum Zweiten Weltkrieg existierten vor allem in Zentralamerika und in der Karibik sehr stark personalisierte Militärdiktaturen. Die Militärregimes der sechziger, siebziger und achtziger Jahre in Argentinien und Brasilien waren keine personalisierten Militärdiktaturen, sondern kollektive Militärapparate, in denen zwar einzelne Generäle als Vertreter von Juntas Präsidialfunktionen wahrnahmen, aber natürlich nicht mehr mit dem Gewicht, das traditionelle Caudillos besaßen. Bei diesen Juntas ist die Bürokratisierung und Anonymisierung der Militärapparate sehr deutlich geworden. Natürlich gibt es im persönlichen Stil von lateinamerikanischen Führern noch gewisse Überbleibsel des Caudillismo – man denke etwa an Fidel Castro. Aber auch in Kuba gibt es einen modernen Staatsapparat, eine kommunistische Partei usw., so dass hier ebenfalls nicht mehr von einem klassischen Caudillismo gesprochen werden kann.

Der Präsidentialismus kann als verfassungsrechtlicher Niederschlag des Caudillismo betrachtet werden. In Mexiko wie auch in den meisten andern Ländern Lateinamerikas stellt das Präsidialsystem

ein wichtiges politisches Strukturprinzip dar. Doch mangelnde Gewaltenteilung und ungenügende Kontrollmechanismen führen zu einer übermässigen Machtkonzentration in der Hand des Präsidenten. Wie tief ist diese Form der Herrschaftsausübung mit den sozialen und ökonomischen Strukturen auf dem südamerikanischen Subkontinent verbunden?

Tobler: Es trifft tatsächlich zu, dass die stark zentralistischen Regierungen mit den ökonomischen und sozialen Gegebenheiten Lateinamerikas in enger Verbindung stehen. Neben den sozio-ökonomischen Besonderheiten hängt das vor allem auch mit einer bestimmten historischen Tradition des lateinamerikanischen Staates zusammen. Dieser hat gegenüber der Gesellschaft immer schon eine relativ starke Stellung eingenommen. Überspitzt formuliert wurde auch schon gesagt, dass im Gegensatz zur europäischen Entwicklung, wo die besonderen gesellschaftlichen Verhältnisse den modernen liberalen Rechtsstaat hervorgebracht haben, in Lateinamerika eher der Staat die Gesellschaft kreierte habe, also gerade das umgekehrte Phänomen zu beobachten sei. In diesem Zusammenhang muss auf den Klientelismus eingegangen werden, der in Lateinamerika eine ganz entscheidende Rolle spielt. Der Staat wird von den jeweiligen Machthabern gewissermassen als Beute betrachtet, was ihnen die Möglichkeiten gibt, durch Pfründen, Belohnungen und Drohungen politische Loyalität zu erkaufen. Das wiederum führt dazu, dass die zwei anderen Staatsgewalten – die Legislative und die Judikative – durch solche Loyalitätsbindungen häufig gegenüber der Exekutive kein wirkliches Gegengewicht entwickeln können.

Kommen wir noch auf eine wichtige Zeiterscheinung zu sprechen: den Neoliberalismus. In der Tat konnten bisher diejenigen Staaten, die am entschiedensten eine neoliberale Politik vertreten, wie Argentinien, Chile und Mexiko, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht respektable Erfolge erzielen. Der Preis der makroökonomischen Stabilisierung scheint sich nun allerdings mehr und mehr abzuzeichnen: in einer Zunahme an sozialen Spannungen. Hat das Modell des Neoliberalismus, so wie es Menem und Salinas mit äusserster Konsequenz betreiben, Ihrer Meinung nach auch Chancen für

.....

im Gegensatz zur europäischen Entwicklung, wo die besonderen gesellschaftlichen Verhältnisse den modernen liberalen Rechtsstaat hervorgebracht haben, hat in Lateinamerika der Staat die Gesellschaft kreierte.

.....

die Entstehung einer breiten, staatstragenden Mittelklasse, von der letztlich eine tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft auszugehen hat?

Tobler: Die genannten Staaten haben eine relativ breite Mittelschicht, wobei diese natürlich verglichen mit europäischen oder nordamerikanischen Verhältnissen immer noch schmal ist. Das neoliberale Wirtschaftsmodell hat wie auch andere, auf Wachstum ausgerichtete Modelle Gewinner und Verlierer. In der Mittelschicht werden bestimmte neue Segmente von der neoliberalen Wirtschaftsentwicklung profitieren, währenddessen mehr traditionelle Gruppen der Mittelschicht, wie das Kleingewerbe, eher zu den Verlierern gehören. Im Moment möchte ich allerdings keine quantitativen Aussagen über das Wachstum von Mittelschichten wagen. Ich frage mich überhaupt, ob man sich in Lateinamerika so stark auf die Mittelschicht als den zentralen Träger der Demokratisierung konzentrieren soll. Denn in Ländern, wo 50–60 Prozent der Bevölkerung eindeutig unterhalb der Mittelschicht angesiedelt sind, wird ein umfassenderes Demokratisierungsprojekt nicht darum herumkommen, diese Gruppen miteinzubeziehen. Dabei kann es zu Situationen kommen, wo die ökonomischen und gesellschaftlichen Forderungen dieser Bevölkerungsteile eine solche Brisanz annehmen, dass dadurch Reaktionen in Richtung Abbau bereits erfolgter demokratischer Schritte ausgelöst werden, wie sie in der lateinamerikanischen Geschichte immer wieder zu beobachten sind. Ich denke hier etwa an die brasilianische Entwicklung zwischen 1945 und 1964, als man auf eine gewisse Demokratisierung setzte, mit dem Versuch, die sozialen Unterschichten stärker zu integrieren. Das Experiment führte schliesslich zu jener Polarisierung, die den Vor-

.....

**Ich frage mich,
ob man sich in
Lateinamerika so
stark auf die
Mittelschicht als
den zentralen
Träger der Demo-
kratisierung
konzentrieren
soll.**

.....

wand für den Militärputsch von 1964 gab. Hier liegt für Lateinamerika eines der grossen Probleme: Wir haben es mit einer derart ausgeprägten sozialen Heterogenität der Gesellschaften zu tun und mit einem so grossen Teil der Bevölkerung, der sozial unterversorgt ist, dass die Demokratisierungsproblematik in Lateinamerika wesentlich komplexer ist, als dass sie sich auf die Frage nach einer möglichen Funktion der Mittelschicht im Demokratisierungsprozess reduzieren liesse.

Ein wichtiges Element des Neoliberalismus betrifft die aussenpolitische Neuausrichtung. Staaten wie Mexiko und Argentinien setzen auf eine völlige Abkehr von ihrer bisherigen spezifisch antiamerikanischen Haltung. Die Vorgänger von Salinas und Menem brüsten sich noch allzu gerne als Advokaten der Dritten Welt. Wie stark wird dieser Paradigmawechsel vom Volk mitgetragen?

Tobler: Der Antiamerikanismus wird in verschiedenen sozialen Gruppen und auch regional unterschiedlich artikuliert. Die Volksmeinung spielt in diesem Zusammenhang nicht jene zentrale Rolle wie etwa in der Schweiz. Bei uns können ja weder die Regierung noch das Parlament aussenpolitische Initiativen entwickeln, die sich allzu stark von den Meinungsströmungen in der Bevölkerung abheben, weil solche Vorstösse mit Referenden sofort zu Fall gebracht werden können. In politischen Systemen jedoch, wo sich die Mitwirkung der breiten Bevölkerung bestenfalls auf eine periodische Teilnahme an Wahlgängen beschränkt und wo selten Impulse von der Basis bis in den Bereich der Regierungsentscheidungen eindringen, spielt die Volksmeinung eine viel kleinere Rolle; kritische Meinungen in der mexikanischen Öffentlichkeit zum Nafta-Beitritt Mexikos haben jedenfalls die Regierung Salinas nicht von ihrem Kurs abbringen können. ♦